



Mehr Baukräne gegen Mietenexplosion

Mehr Baukräne gegen Mietenexplosion
"Die Miete wird für immer mehr Menschen zum Armutsrisiko. Weil das Wohnungsangebot zu knapp ist, gehen die Mietpreise in vielen Städten durch die Decke. Dagegen hilft nur eine massive Ankurbelung des Wohnungsbaus", erklärt Caren Lay, stellvertretende Parteivorsitzende und Mitglied im Spitzenteam der LINKEN zur Bundestagswahl 2013 anlässlich der Forderung des Präsidenten des Deutschen Städtetages mehr Wohnungen besonders für ärmere Familien zu bauen. Jede dritte Sozialwohnung ist in den vergangenen Jahren weggefallen. Bund und Länder haben den sozialen Wohnungsbau weit unter den tatsächlichen Bedarf geschrumpft. Ärmere Menschen und vor allem Familien haben das Nachsehen. Sie fallen wegen der hohen Mieten immer häufiger unter das Existenzminimum. DIE LINKE fordert dringend Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. Wir brauchen mindestens 150.000 neue Sozialwohnungen. Außerdem muss das Wohngeld aufgestockt werden. Es ist höchste Zeit für eine effektive Mietpreisbremse. Kommunen sollen das Recht haben, Höchstmieten festzulegen. Mieterhöhungen wegen Neuvermietung wollen wir verbieten.
Piratenpartei Deutschland
Pflugstraße 9a
10115 Berlin
Telefon: +49 30 27572040
Telefax: +49 30 609897-517
Mail: presse@piratenpartei.de
URL: <http://www.piratenpartei.de>

Pressekontakt

Piratenpartei Deutschland

10115 Berlin

piratenpartei.de
presse@piratenpartei.de

Firmenkontakt

Piratenpartei Deutschland

10115 Berlin

piratenpartei.de
presse@piratenpartei.de

Die Piratenparteien sind eine Bewegung mit internationalem Hintergrund. Mit den Piratenparteien Europas haben wir gemeinsam für die Wahl des Europäischen Parlaments 2009 kandidiert und werden dies auch in Zukunft tun. Doch Piraten gibt es quer über den Globus verstreut. Uns eint ein neues Verständnis von der Rolle des kreativen Schöpfungsprozesses, technologischer wie kultureller Errungenschaften und deren Nutzung, sowie die Ablehnung der sich abzeichnenden Überwachungsgesellschaft. Wir verstehen uns als Bürgerrechtspartei der Informationsgesellschaft.